Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)
Geschaeftsstellung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

صحیفه‌سی ۵ غروش
آبونه
داخلده: ۱ آیلغه ۱,۷۵ ، ۳ آیلغه ۴,۷۵ لیره ، ۶ آیلغه ۸,۵۰ ، سنه‌لیغی ۱۵ لیره
خارجده: ۱ آیلغه ۵ مارک ، ۳ آیلغه ۱۳ مارک ، ۶ آیلغه ۲۵ مارک ، سنه‌لیغی ۵۰ مارک
اعلانات:
۱ نجی صحیفه‌ده ، ۱ سانتیمتره‌سی ۱۰۰ غروش ، ۲ نجی صحیفه‌ده ۷۵ ، ۳ نجی صحیفه‌ده ۵۰ ، ۴ نجی صحیفه‌ده ۳۰ غروش
اداره‌خانه: شیشخانه ، کره‌کول یولی ، سافره‌جه‌لی سوقاغی ، فینیقس خانه‌سی
تلغراف آدریسی: تورک پوسته ، پاره ، تلفون ۱۷۳۳
پوسته قوتوسی ۲۶۹ ، غلطه

3. JAHRGANG NO 54 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel Donnerst. 23. Febr. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

افغانستان قرالی برلینه واصل اولدی .
§ پانغالوس یونان مجلس مبعوثان تحقیقات کومیسیونده استجواب ایدلدی .
§ سوفیه بلدیه انتخاباتنده حکومت اوچده ایکی رأی قازانمشدر .

Der König von Afganistan ist in Berlin eingetroffen.

Pangalos erschien vor der parlamentarischen Untersuchungskommission.

Bei den Gemeindewahlen in Sofia errang die Regierung zwei Drittel der Mandate.

Der Prozess Ichsan Bej.

St. Nazaire.
Die Streichungen im Dockvertrag.

Angora, 22. Feb. (A.A.)

Bei Eröffnung der Nachmittagssitzung des Staatsgerichtshofes wurde mitgeteilt, dass das Gericht Semich Hüssein Awni Bej und Assaf Talaat Bej mit der Anstellung neuer Erhebungen in Sachen des „Jawus Selim" betraut hat. Welcher Art diese Erhebungen sind, wurde nicht bekanntgegeben.

Darauf wurden Hassan Risa Bej und Ressaj Bej, denen beiden die Vertretung der Werft St. Nazaire in der Türkei im September v. J. von Konitschali Nureddin Bej angetragen worden war, als Zeugen vernommen. Es stellte sich heraus, dass Nureddin Bej dem Ressaj Bej, den er seit langer Zeit kennt, erklärt hat, die Werft St. Nazaire sei mit ihrem bisherigen Vertreter Hakki Bej unzufrieden und suche eine neue Vertretung. Nureddin Bej hat dann den Ressaj Bej mit den Vertretern von St. Nazaire zusammengebracht, und es wurde über die Uebernahme der Vertretung der Werft gesprochen. Die Franzosen erklärten, in der Frage der Versicherung des Docks nur einen Versicherungsvertrag für 4 Monate abschliessen zu können, da sonst die Prämie zu hoch ausfallen würde. Ressaj Bej hat dann 5.000 Ltlg. für die Regelung der Versicherungsangelegenheit und die Uebernahme der Vertretung verlangt, hat späterhin aber auf einen Abschluss mit der Gesellschaft verzichtet. Er will dies ausschliesslich deswegen getan haben, weil er durch seine anderweitigen Geschäfte zu sehr beansprucht gewesen sei, um sich des Oefteren nach Angora begeben zu können. Die Frage des Vorsitzenden, ob ihn nicht andere Erwägungen zur Ablehnung der Vertretung veranlasst hätten, verneint der Zeuge. Hassan Risa Bej hat direkt weder mit Nureddin Bej noch mit den Franzosen verhandelt; alles, was er von der Sache weiss, weiss er von seinem Kompagnon Ressaj Bej. Er will nicht gewusst haben, dass St. Nazaire bereits in der Türkei vertreten war und will einer Uebernahme der französischen Vertretung nur aus Unkenntnis dieses Umstandes zugestimmt haben.

Ressai Bej erklärt genau zu wissen, wie man eine solche Angelegenheit ausführen müsse. Ueber die Verwandtschaft mit Risa Bej müsste man im Bilde gewesen sein.

Hierauf wird der ehemalige Chef des Admiralsstabes, Achmed Safwet Bej als Zeuge einvernommen. Achmed Safwet gibt an, wegen gewisser Dinge in der Dockangelegenheit beim Marineministerium angefragt, aber keine Antwort erhalten zu haben. Dann sei Verschiedenes unmittelbar vom Marineministerium, gemacht worden, ohne dass man darüber im Admiralsstab berichtet hätte. Aus diesem Grunde hätte er auch seinen Abschied gefordert. Achmed Safwet Bej erzählt, dass er eines Tages, als der Marineminister krank war, ihm besucht und dort auch höhere Offiziere der Marine vorgefünden hätte. Ichsan Bej habe ihm damals gesagt, dass das Finanzministerium eine gewisse Eile im Verlangen nach dem Marinebudget zeige. Als Achmed Safwet darauf erwiderte, man solle doch den Wunsch des Finanzministeriums erfüllen, habe der Marineminister geantwortet, dass man das Budget doch nicht übersenden könne, wenn es vom Admiralsstab noch nicht überprüft worden sei. Achmed Safwet Bej habe darauf erwidert, dass der Admiralsstab ja schliesslich auch andere Angelegenheiten des Marineministeriums nicht habe sehen können. Er hätte ja auch von den Einkäufen und anderen Dingen nichts erfahren. Wegen noch anderer Schwierigkeiten, die man ihm gemacht habe, sei dann Achmed Sawfet Bej von seinem Posten zurückgetreten. Hüssameddin Bej bestreitet hierauf, dass man den Chef des Admiralsstabes nicht über die verschiedenen Angelegenheiten aufgeklärt habe. Der Kapitänleutnant Ismail Sia Bej wird hierauf als Zeuge vernommen. Er erklärt, dass man noch bevor der Chef der Ausrüstungsabteilung ernannt worden war, die technischen Bedingungen in der Jawusangelegenheit vorbereitet habe. Nach seiner Ernennung habe er alle Baugesellschaften davon unterrichtet, und das Ausschreibungsdatum bekannt gegeben. Einige von den interessierten Gesellschaften seien aber garnicht erschienen. Andere wieder wollten die Ausbesserung des Jawus nicht in Ismidt sondern auswärts vornehmen. Nur St. Nazaire und Flender traten mit ernsten Vorschlägen heran. Die Firma St. Nazaire übergab ihre Offerte der Kommission. Die Vertreter der Flendergesellschaft gaben an, ihre Offerten dem Minister selbst überreichen zu wollen. Man habe dann dem Vertreter der Flendergesellschaft gesagt, dass eine Kommission gebildet worden sei, der man die Offerten übergeben müsse, worauf die Flendergesellschaft auch zwei Eingaben überreichte, doch war darin nichts Endgültiges gesagt. Die Flendergesellschaft hat sich dann späteran den Minister gewandt. Der Minister habe dann die Kommission einberufen und die Offerte Flenders vorgezeigt.

Nach dem Vertrag sollte der Jawus auf dem Dock verbleiben. An dem Dock hätte man nicht gezweifelt. Das Dock gehörte den Türken und türkischerseits hätte ihnen das Dock übergeben werden müssen. Auch die Bemannung wäre türkisch gewesen und das Schiff wäre eingedockt übergeben worden. Falls es nötig gewesen wäre, das Schiff auszudocken, so wäre das Sache der Dockeigentümer gewesen, während die Kosten der Gesellschaft zugefallen wären. Sia Bej gibt an, dass nach dem Vertrage Brennmaterial- und Beleuchtungskosten vom Unternehmer zu tragen seien. Ueber Veränderungen im Vertrag wüsste er nichts. Es seien aber weitere Studien vorgesehen gewesen, die von Sachverständigen vorgenommen werden sollten, ob die Ausbesserungen und die Bauten wunschgemäss erfolgten. Die Sachverständigen sollten, wie Sia Bej meint, ein Jahr in Funktion sein. Sia Bej gibt ferner an, dass der Marineminister zwecks Bestellung von Unterseebooten und Torpedos an Hakki Bej geschrieben habe. Man wollte bei St. Nazaire Kostenvoranschläge einholen. Da im Ministerium von einem solchen Kauf nichts bekannt war, habe Sia Bej inoffiziell geschrieben und auch keine Eintragung darüber gemacht. Zu seiner Zeit seien in dieser letzten Frage an andere Personen keine Briefe abgegangen. Es sei bei der Unterzeichnung des Vertrages anwesend gewesen. Damals sei der Minister gerade nach Konstantinopel gefahren. In der Nacht vorher sei Sia Bej mit seinen Kollegen damit beschäftigt gewesen, den Vertrag ins Reine zu schreiben. Der vom Notar aufgesetzte Vertrag sei dann um 3 1/2 Uhr ins Marineministerium gekommen. Ichsan Bej habe um 4 1/2 Uhr abfahren müssen. Ein Teil der Kollegen Sia Bejs war mit dem Vergleich der Abschrift beschäftigt. Es sei dann Nureddin Bej gekommen, der das Wort Evakuierung (Tachlije) im § 38 des Vertrages kritisierte und sagte, dass das die Gesellschaft nicht annehmen werde. Diese Evakuierungsfrage sei hier nämlich sehr schwierig. Solange dieses Wort daraus nicht entfernt sei, könne man den Vertrag nicht unterzeichnen. Da der Minister kurz vor der Abreise stand, habe man die Angelegenheit nicht mehr verschieben können u. die gewünschte Streichung vorgenommen. Der Präsident bemerkt hierauf, dass man also eine Verbesserung vorgenommen habe, von der dem Minister und den übrigen massgebenden Persönlichkeiten nichts bekannt gewesen sei. Sia Bej gibt an, dass man sich aber deshalb mit dem Staatssekretärstellvertreter Hamdi Bej und dem Bauleiter Ichsan Bej in Verbindung gesetzt habe, und auch dem Minister darüber Erklärungen habe zukommen lassen. Es sei vorgesehen gewesen, mit eigenen Hilfsmitteln das in Konstantinopel eintreffende Material nach Ismidt zu befördern. Die Kosten der Evakuierung hätten sich auf 6—700 t. Pf. belaufen. Ob auch dieser Punkt aus dem Vertrage verschwunden sei, könne er nicht angeben. Er hätte später öfters vom Notariat den beglaubigten Vertrag eingefordert, aber immer den Bescheid erhalten, dass Godard aus Frankreich noch nicht zurückgekommen sei und man den Vertrag daher nicht senden könne. Immerhin sei auch wenn obengenannte Veränderung vorgenommen worden sei, dadurch die beschlossene Form des Vertrages nicht geändert worden, da § 25 und 38 gleichlautend waren, insofern als einer in Formeln, der andere in Worten ausgeführt war. Ichsan Bej gibt hierauf an, dass ein Minister ein politischer Beamter sei und sich natürlich um Dinge, auf denen seine Unterschrift stünde, kümmern müsse. In diesem Einzelfalle könne er sich aber nicht mehr genau erinnern. Sia Bej lüge aber nicht und anderer seits wäre auch seine Unterschrift da. Er müsste wiederholen, dass es unmöglich gewesen wäre, dass ihm dies nicht hätte auffallen sollen. Sia Bej erklärt, dass er dem Minister die Angelegenheit erzählt habe und auf dessen Frage, ob hierin eine Unzuträglichkeit vorliege, mit Nein geantwortet hätte. Darauf habe Ichsan Bej geantwortet: «Wenn es sich so verhält, ist es gut.» Ichsan Bej äussert sich über diese Aussage dahingehend, dass er sich zwar nicht mehr erinnern könne, dass aber sich die Sache in der Tat so verhalten haben könnte. Konitschali Nureddin Bej gibt hierauf an, dass die Technische Kommission ihnen habe die Evakuierung aufladen wollen, und dass sie darauf gesagt hätten, dass Godard und Giller dies nicht annehmen würden. Der Präsident wendet sich hierauf an Ichsan Bej und fragt ihn, ob es ihm denn nicht aufgefallen sei, dass § 38 des Vertrages gestrichen worden sei, und ob er nicht gefragt habe, warum dies erfolgt sei. Ichsan Bej erklärt, dass man ihm von zuständiger juristischer Stelle die entsprechenden Erläuterungen gemacht hätte.

Hierauf wird der Präsident der Meerengenkommission Admiral Wassif Pascha als Zeuge vernommen. Admiral Wassif Pascha gibt an, keine amtliche Beziehung zu der Jawus- und Dockangelegenheit gehabt, aber als alter Marineoffizier die Angelegenheit mit Interesse verfolgt zu haben. Nach seinen Erkundigungen hätte das Dock den Anforderungen nicht genügen können. Auch seien viele wertvolle Marineoffiziere ihres Amtes enthoben worden. Hüssameddin Bej erwidert darauf, dass damals nur Awni Bej auf dessen eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt worden war.

Der Staatsgerichtshof vertagte hierauf die Verhandlung auf morgen 14 Uhr.

Das afganische Königspaar in Berlin.

Ankunft, Einfahrt und Begrüssung.

Berlin, 22. Feb.

Das afganische Königspaar traf heute mit dem Sonderzuge pünktlich um 11 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof ein, wo der Reichspräsident den König begrüsste und mit ihm zusammen die Front der Ehrenkompagnie vor dem Bahnhof abschritt und die Parade abnahm, während die Artillerie 21 Salutschüsse feuerte und die Musik die afganische Nationalhymne spielte. Vor dem Bahnhof war auch die Berliner afganische Kolonie aufgestellt.

Im offenen Wagen fuhr dann der König mit dem Reichspräsidenten, dahinter die Königin mit dem Vizekanzler Hergt und dem übrigen Gefolge durch die reichgeschmückte Einzugsstrasse und das Militärspalier. Vor und hinter den beiden ersten Wagen ritt eine Kavallerieeskorte. Das Königspaar und der Reichspräsident wurden überall von der zahlreichen die Strassen umsäumenden Menschenmenge stürmisch begrüsst. Alle öffentlichen Gebäude, die fremden Vertretungen und zahlreiche Privathäuser trugen afganische und deutsche Fahnen. Die Blätter würdigten in längeren Artikeln das Ereignis und begrüssten das Königspaar.

Am Nachmittag besuchte das Königspaar den Reichspräsidenten v. Hindenburg, der es bei der Ankunft bis ins Palais des Prinzen Albrecht begleitet hatte. Heute abend gibt der Reichspräsident ein Galadiner mit folgendem Zapfenstreich.

Die Reise des Gasi.

Wie die «Dschümhuriet» erfährt, wird der Gasi seine Reise auf einen Monat ausdehnen und sich zuerst nach Konia und Adana und erst dann nach Selefke begeben.

Aus Deutschland.

Verbindlichkeitserklärung im Metallkonflikt.

Berlin, 22. Febr.

Der Reichsarbeitsminister erklärte den im Mitteldeutschen Metallarbeiterstreik ergangenen Schiedsspruch im oeffentlichen Interesse für verbindlich. Dadurch wird vorläufig die angedrohte Gesamtaussperrung der Metallarbeiter hinfällig.

Neuer russischer Abrüstungsvorschlag.

Moskau, 20. Febr. (A.A.)

Litwinoff richtete einen neuen Abrüstungsvorschlag, der den russischen Vorschlägen vom 30. November 1927 entspricht, an das Sekretariat des Völkerbundes. Die neuen Vorschläge sehen eine vollständige Abrüstung der ganzen Welt im Laufe von 4 Jahren vor; eine internationale Kommission soll die Abrüstungsmassenahmen der einzelnen Länder kontrollieren.

Genf, 22. Febr.

Der sowjetrussische Konventionsentwurf zur Abrüstung stellt ein mit grösster Sorgfalt anscheinend in engster Zusammenarbeit mit militärischen Sachverständigen ausgearbeitetes Paktsystem von 63 Artikeln dar, wonach die Abrüstung in 4 Jahren vollendet, jedoch schon im ersten Jahre nach Inkrafttreten jede Kriegsmöglichkeit ausgeschlossen sein soll.

Deutschland im Sicherheitskomitee.

Berlin, 21. Feb.

Während der Montagssitzungdes Genfer Sicherheitkomitees erklärte der deutsche Vertreter von Simson den Ausbau des Vermittlungsverfahrens für den zweckmässigsten Weg, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit noch unmöglich sei. Die Staaten müssten sich verpflichten, einstweilige Verfügungen auszuführen, die den Streitgegenstand nicht präjudizieren sollen. Weiter wurde angeregt, im Falle eines Konfliktes den militärischen status quo anzuordnen und, wenn trotzdem Feindseligkeiten ausbrächen, einen unmittelbaren Waffenstillstand zu verfügen. Schliesslich erklärte der deutsche Vertreter, Deutschland glaube nicht, dass der Locarnovertrag für sämtliche regionalen Verträge mustergültig sein solite, da die Methoden des Locarnovertrages nicht ohne weiteres auf andere Staaten übertragen werden können.

Deutschland und Afganistan.

Amanullah Chan ist der erste Souverän, der der deutschen Republik offiziell seinen Besuch abstattet. Er wurde, wie es dem Oberhaupt eines befreundeten Volkes gebührt, würdig und herzlich empfangen. Der Reichspräsident von Hindenburg begrüsste ihn bei der Ankunft auf dem Bahnhof und geleitete ihn in das Palais des Prinzen Albrecht, das dem König während seines Aufenthaltes in Deutschland zur Residenz dienen soll.

Wenn es uns Deutschen nach den schweren hinter uns liegenden Jahren auch heute nicht möglich ist, den hohen Gast mit grossem Pomp und militärischem Gepränge in die Hauptstadt zu geleiten, wie das in Vorkriegszeiten vielleicht geschehen wäre, so kommt der Empfang, der dem Königspaar zuteil geworden ist, doch aus dankbarem Herzen, was sicher nicht weniger gross und den Gästen nicht weniger lieb ist. Wir Deutschen werden die uns im Laufe der engeren Beziehungen zwischen Deutschland und Afganistan erwiesenen Freundschaftsbeweise des afganischen Volkes und seines Königs nicht vergessen und werden stets mit Dankbarkeit des Entgegenkommens gedenken, das der König durch die Aufnahme der in und nach dem Kriege aus Turkestan geflohenen Kriegsgefangenen und durch die Beilegung des Falles des unglücklichen Prof. Stratil-Sauer uns gezeigt hat.

Der Besuch des Königs von Afganistan in den europäischen Hauptstädten hat natürlich keine aktive politische Bedeutung, trotzdem aber wird das politische Moment nicht völlig ausgeschaltet werden können. Deutschland hat in Mittelasien keine politischen Interessen im Gegensatz zu Frankreich und vor allem zu England und dem Sowjetstaat. Hundert lange Jahre hat Afganistan den Zankapfel zwischen England und Russland gebildet und wenn diese Rolle nach dem Willen seiner Nachbarn im Norden und im Süden bis zum endlichen Siege des einen auch weiter aufrecht erhalten bleiben soll, so ist es doch dem heutigen Afganistan und insbesondere der Tatkraft seines Königs gelungen, die Landhungrigen zurückzuweisen und die politische Unabhängigkeit zu erhalten, und zu festigen. Im Hinblick auf die Vergangenheit ist es daher ohne weiteres ersichtlich, dass ein auf Vertrauen gegründetes Verhältnis zwischen Afganistan und England oder Russland in absehbarer Zeit kaum zustande kommen kann. Das politische Schicksal Deutschlands in dem letzten Jahrzehnten ist dagegen dem Afganistans nicht unähnlich und weist ohne weiteres Zutun auf eine innere freundschaftliche Verbundenheit hin, die die Grundlage zu dem bestehenden Vertrauensverhältnis zwischen beiden Staaten bildet. Wenn wir auch heute nicht in der Lage sind, Afganistan politisch unsere Unterstützung zu leihen, so hoffen wir doch, ihm wirtschaftlich zur Seite treten zu können und ihm in seinen Bestrebungen zum Aufstieg hilfreiche Hand zu leisten.

Wir hoffen ferner, dass der König sich während seines Aufenthaltes bei uns vom Werte deutscher Arbeit und von deutscher Leistungsfähigkeit wird überzeugen können und ebenso von den herzlichen Gefühlen, mit denen wir Ziele und Bestrebungen des Königs zu Aufbau und Neuordnung in seinem Lande begleiten. Möge er einen Einblick in deutsches Wesen und Denken gewinnen, das ihm die Ueberzeugung geben soll, mit wie grosser Sympathie wir all den Völkern gegenüberstehen, die in ernster Schaffensfreudigkeit gleich uns ihr Alles an den Aufbau ihres Vaterlandes setzen.

v. H.

Prozess Pangalos.

Athen, 22. Febr. (A.A.)

Pangalos erschien heute vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss und hielt eine grosse Rede zur Verteidigung seiner Regierungsmethoden.

Griechenlands Luftrüstung.

Athen, 22. Febr. (AA)

Der griechische Kriegsminister dementiert die Meldung, dass eine Reihe französischer Flugzeuge für das griechische Heer kürzlich in Griechenland ausserhalb der ordentlichen Flugzeugkäufe eingetroffen sei.

Moskau unterstützt die englischen Kommunisten.

Berlin, 22. Febr.

Nach Meldungen aus Moskau beschloss der Vollzugsausschuss der III. Internationale den englischen Kommunisten eine Unterstützung zu gewähren, die zur Aufstellung von 50 Kandidaten bei den nächsten Unterhauswahlen ausreicht.

Das russische Oel.

Paris, 21. Feb. (AA)

In dem Abkommen zwischen der Standard Oil Co. und der Royal Dutch Shell behandelt der erste Punkt die Frage des russischen Erdöls. Er stellt die Besitzrechte der alten Inhaber der von den Sowjets beschlagnahmten Erdölkonzessionen fest.

Letzte Nachrichten

Die österreichische Eisenbahnanleihe.

Washington, 22. Febr.

Staatssekretär Mellon brachte im Kongress den Vorschlag ein, den Anspruch der U. S. A. gegen Oesterreich auf Zahlung von 24 Millionen Dollar aus früheren Finanztransaktionen einstweilen zurückzustellen, damit die Auflegung der neuen Vorzugsanleihe Oesterreichs für seine Eisenbahnen und Telegraphen bei amerikanischen Banken ermöglicht wird.

Italienische Beschwerde in Wien.

Wien, 22. Febr.

Der Wiener italienische Gesandte beschwerte sich bei der österreichischen Regierung über die Reden der Tiroler Landtagsabgeordneten, die sich gegen die Unterdrückung der Südtiroler gewandt haben.

Msgr. Josif gestorben †

Bukarest, 22. Feb. (A.A.)

Msgr. Ferenz Josif, der Erzbischof der Vereinigten Reformierten Ungarischen Kirche in Siebenbürgen, ist soeben verstorben.

Der König von Afganistan bei Hindenburg

Berlin, 23. Feb.

Zu Ehren des Königs von Afganistan fand gestern abend im Palais des Reichspräsidenten ein Galadiner statt, auf dem die deutsche Regierung, das ganze diplomatische Korps und viel namhafte Persönlichkeiten erschienen waren. Der König und der Reichspräsident wechselten Trinksprüche, in denen auf die geistige Verwandtschaft, auf die gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Ziele und auf die enge Zusammenarbeit der Afganen mit den Deutschen vielfach hingewiesen wurde. Insbesondere beachtete man die Erklärung des Königs, dass er seinen eigenen Sohn, den Kronprinzen, in der von Deutschen geleiteten Schule in Kabul erziehen lasse.